

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP 15 – Ziel-, Struktur- und Maßnahmenkonzept für das UKSH

Dazu sagt die gesundheitspolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Angelika Birk:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988-1503
Fax: 0431 / 988-1501
Mobil: 0172 / 541 83 53
E-Mail: presse@gruene.ltsh.de
Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Diagnose richtig – Therapie fatal

Nr. 279.08 / 17.7.2008

Das Sanierungskonzept analysiert richtig, was Kenner längst wissen: Anstatt an einem Strang zu ziehen, konkurriert die Ärzteschaft der beiden Klinikstandorte Kiel und Lübeck miteinander, mit ökonomisch fatalen Folgen. Jede durch einen Chefarzt geleitete Abteilung – es gibt derer 77 – funktioniert nach den Prioritätensetzungen von ProfessorInnen. Dies kollidiert häufig mit den Ansprüchen einer Klinik der Maximalversorgung. Es ist nicht gelungen, durch die Einrichtung von neuen, den Abteilungen übergeordneten medizinischen Zentren, in denen Pflege und kaufmännische Verwaltung mit den ÄrztInnen gemeinsam leiten, eine ausreichende Umsteuerung zu gewährleisten.

Die Umsteuerung ist nicht gelungen, nicht zuletzt aufgrund der Unruhe mit ständig neuen Vorschlägen, insbesondere der Angst vor Totalprivatisierung oder erneuter Teilung der Klinik in zwei Standorte. Es konnte kein Wir-Gefühl aufkommen, sagt das Konzept einerseits, andererseits kritisiert es die Landesregierung, dass der ökonomische Druck zu früh aus dem Prozess genommen wurde. Zumindest hier wird widersprüchlich argumentiert.

Nicht überraschend wird analysiert, dass die ungünstige und veraltete Gebäudestruktur viele zusätzliche Transport- und Abstimmungsleistungen notwendig macht. Dies verursacht erhebliche Mehrkosten.

Es wird zudem festgestellt, dass branchenübliche Löhne, insbesondere im tertiären Sektor - d. h. von der Küche bis zum Labor - trotz des Beschäftigungspaktes mit seinen Lohneinbußen deutlich unter den Tariflöhnen des UKSH liegen. Das Land wird kritisiert, weil es zwar außer Lehre und Forschung nach wie vor laufend auch die Krankenbehandlung bezuschusst, aber seit Jahrzehnten systematisch zu wenig in die Gebäudestruktur investiert.

Als erfreulichen Vorschlag kann die Anforderung an neue Chefarztverträge gewertet werden: Sie verpflichten die ProfessorInnen zu verbindlicher Präsenz im Krankenhaus und sollen zukünftig nur noch ergebnisorientierte Finanzanreize bieten. Die Sammlung von möglichst vielen Privatliquidationen allein soll sich so nicht mehr automatisch lohnen.

1/2

Auch der Vorschlag, systematischer als bisher andere Krankenhäuser als so genannte Lehrkrankenhäuser in die Ausbildung der Medizinstudierenden einzubeziehen, scheint sinnvoll.

In einem Privat-Public-Partnerschaftsmodell möglichst rasch die Gebäudestruktur zu optimieren ist folgerichtig, verlangt aber dennoch auf lange Zeit einen jährlichen Zuschuss des Landes nur für die Gebäudesanierung von 30 Millionen Euro.

Fatal sind hingegen die folgenden Vorschläge:

- 1) Die Forschung soll sich an kommerziellen Gesichtspunkten orientieren.
- 2) Die Kontakte mit anderen Kliniken und dem ambulanten Sektor sollen sich ebenfalls ausschließlich an kommerziellen Zielen orientieren.
- 3) Die Pflege soll strategisch völlig untergeordnet werden. Keine Vertretung der Pflege im Vorstand und auf der Ebene der Zentrumsleitungen und nur noch nebenamtliche Führungskräfte.
- 4) Die Zentren werden auf zwei, die nicht zufällig mit den Campus-Standorten identisch sind, reduziert. Dies wird die Konkurrenz zwischen Kiel und Lübeck erneut beleben.
- 5) Der so genannte tertiäre Sektor soll „outgesourct“ werden, damit kein Tariflohn mehr zu zahlen ist. Allein hierdurch sollen laut Sanierungskonzept 5,6 Millionen Euro jährlich eingespart werden. Ich gehe davon aus, dass auf diese Weise ein Mindestlohn von sieben Euro fünfzig nicht mehr erreicht wird. Das ist kein Beitrag zur strategischen Optimierung der Versorgungsleistungen und zur Verbesserung der Identifikation mit dem Unternehmen.
- 6) Die Umwandlung des UKSH von einer Anstalt des öffentlichen Rechtes in eine GmbH wird ausdrücklich und vor allem damit begründet, dass auf diese Weise das Parlament nichts mehr mitbestimmen kann. Ein Schelm, wer böses dabei denkt.
- 7) Einen Vorschlag zu einer sauberen Trennungsrechnung zwischen Klinikbetrieb und Forschung, eine zentrale Forderung, die meine Fraktion immer erhoben hat, kommt in dem Sanierungskonzept überhaupt nicht vor.

Besondere Aufmerksamkeit ist auf das geplante Partikeltherapiezentrum, das jetzt „NRoCK“ heißen soll, zu legen. Neulich war Grundsteinlegung und der Verband der Ersatzkassen hat unterschrieben, dass er für die Behandlung dort zahlt. Aus Gesprächen mit einzelnen Krankenkassen, so z. B. der Barmer Ersatzkasse, weiß ich aber inzwischen: Dieser Vertrag wurde so formuliert, dass er die einzelnen Krankenkassen keineswegs verpflichtet.

Außerdem stimmt es bedenklich, dass das bisherige Vorstandmitglied Kremer, gegen den die staatsanwaltlichen Ermittlungen noch nicht abgeschlossen sind, vor wenigen Wochen überraschend, vorübergehend vom Dienst suspendiert wurde. Jetzt ist aber vorgesehen, dass er ohne öffentliche Ausschreibung in wichtiger Position, das neue Zentrum sowohl ärztlich als auch kaufmännisch leiten soll. Meine Fraktion wendet sich gegen die Kopplung von ärztlicher und kaufmännischer Leitung in einer Person, sowie gegen diesen Personalvorschlag und würde in jedem Fall die Verträge sehen wollen!
